

Kolmarer Kreiszeitung.

Amtliches Kreisblatt für den Kreis Kolmar i. p.

Mit verbindlicher Publikationskraft für alle amtlichen Bekanntmachungen sämtlicher Städte und Ortschaften des Kreises.



Verantwortliche Redaktion, Druck und Verlag von A. Spektorek in Kolmar in Posen.

Erscheint jeden Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zum vierteljährlichen Abonnementspreise von 1 Mk. 25 Pf. incl. des der Sonnabendnummer beiliegenden „Mittleren Unterhaltungsblattes“ und der landwirtschaftlichen Beilage „Praktische Mitteilungen für die Ostmark“, sowie der monatlichen Beilage „Deutsche Oede und Handarbeit“ mit 8 seitigen Schmitzmusterbogen und den Ziehungslisten der Preussischen Klassenlotterie.

Anzeigen werden pro 1 spaltige Pettzelle oder deren Raum mit 15 Pf. und Reklamen mit 30 Pf. berechnet. Abonnements nehmen an alle Kaiserlichen Postanstalten, sowie die Post-Landbriefträger und für Kolmar i. p. die Expedition dieses Blattes sowie die Zeitungsboten.

No 93

Fernsprech-Anschluß Nr. 51.

Kolmar i. P., Sonnabend, 9. August 1913

Telegramm-Adresse: Kreiszeitung Kolmar-Posen.

60. Jahrgang.

Amtlicher Teil.

Bromberg, den 22. Mai 1913.

Der Genuß eiskalter Getränke, insbesondere der Mineralwässer, wie Selterwasser Sodawasser u. a. m., der schon in normalen Zeiten ernste Verdauungsstörungen von längerer Dauer nach sich zieht, kann bei abnorm hoher Sommertemperatur diese Neigung zu Erkrankungen erheblich steigern. Vor dem Genuß derartiger eiskalter Getränke muß daher dringend gewarnt werden.

Die genannten Mineralwässer werden am besten in einem, der Trinkwassertemperatur entsprechenden Wärme-Grade von etwa 10° Celsius getrunken.

Der Regierungs-Präsident.

Ausbruch und Erlöschen von Tierseuchen.

Kollau.
Ausgebrochen unter dem Schweinebestande des Ackerbürgers Jakob Karo und des Schuhmachermeisters R. Müller in Margonin.

Schweinepest.
Ausgebrochen unter dem Schweinebestande des Fleischermeisters Mag Sobtomski in Margonin.

Schweinepest.
Erlöschen unter dem Schweinebestande des Maurers Guse in Lipin.

Nichtamtlicher Teil.

Der Friede von Bukarest.

Schnelle Arbeit hat die Friedenskonferenz in Bukarest unter dem Druck der rumänischen Regierung gemacht und man kann wieder erleichtert aufatmen, wenn auch noch lange nicht alle Schwierigkeiten behoben sind. In Athen, Belgrad und auch in Bukarest herrscht natürlich heller Jubel, wogegen sich in Sofia eine etwas beängstigende Niedergeschlagenheit bemerkbar macht, die der Regierung und auch der Monarchie leicht gefährlich werden kann.

Die Unterzeichnung des Friedensvertrages.

Der endgültige Friede war zunächst in mündlicher Form zwischen den Delegierten vereinbart worden. Dieser Vereinbarung ist inzwischen einer Drafting-Kommission aus Bukarest zufolge die Unterzeichnung des schriftlichen Aktes unmittelbar gefolgt.

Bukarest, 7. Aug. Heute vormittag ist der Friede von Bukarest unterzeichnet worden; auch die Unterzeichnung des Demobilisierungsabkommens hat stattgefunden. Die Einigung zwischen den Balkanstaaten und Bulgarien ist vollzogen. Bulgarien hat sich in alles gefügt, nur hat es gebeten, die Großmächte möchten bei Prüfung des Vertrages seine Lage berücksichtigen.

Den Abschluß des Bukarester Friedens darf man als ein Ereignis von ganz außergewöhnlicher Tragweite bezeichnen; bildet er doch die Grundlage für die endgültige Gestaltung des gesamten Balkans. Einzig die bulgarischen Delegierten sind tief niedergeschlagen und einer von ihnen erklärte: „Ein schweres Unglück für uns!“

Revisionsansprüche Österreichs und Russlands.

Am Donnerstag, vor der Unterzeichnung des Friedensprotokolls, wurde in Bukarest eine Mitteilung Österreich-Ungarns und Russlands verlesen, wonach sich die beiden Mächte bezüglich Kavalas für Überprüfungsrecht vorbehalten. Die bulgarischen Delegierten erklärten, daß Bulgarien sich den Beschlüssen der Konferenz nur gezwungen unterwerfe und die Einwirkung der Großmächte annehme. Beide Erklärungen wurden dem Protokoll beigefügt. Daraufhin sagte die Konferenz einstimmig einen Beschluß, durch den die Einwirkung der Großmächte bezüglich Adrianopel und Thrazien angemerkt wird. Von amtlicher Seite wird aus Sofia mitgeteilt, daß die bulgarische Regierung die fremden Militärattachés eingeladen habe, die Stellungen der bulgarischen Armee an der serbischen und griechischen Front zu prüfen. Diese europäische Kontrolle erachte die bulgarische Regierung um so wichtiger, als die Entscheidung der Mächte über die Neugestaltung der Balkanfront durch die Erwägung der militärischen Lage Bulgariens beeinflusst sein müßte. Die fremden Militärattachés befanden sich bereits in den besetzten Gebieten, wo die bulgarischen Truppen in den Stellungen blieben, die sie am Tage des Abschlusses des Waffenstillstandes innegehabt hatten. Die bulgarische Regierung lebe in dieser Aktion die einzige Möglichkeit, die unrichtigen Berichte über die strategische Lage ihrer Armeen zu korrigieren.

Bulgarien einst und jetzt.

Zum besseren Verständnis, wie sich die Grenzen Bulgariens zu seinen Ungunsten durch den zweiten Balkankrieg verschoben haben, bringen wir heute unsern Lesern eine Karte, die die Grenzverschiebungen deutlich zeigt. Die Grenze gegen die Türkei wird die gleiche bleiben, wie sie auf dem Londoner Friedenskongreß festgelegt



worden ist und sich auf der Linie Enos—Midia bewegen. Die Großmächte bestehen mit großem Nachdruck auf dieser Forderung und ihre Vorkämpfer haben am Donnerstag gemeinsam auf der Hofte energische Schritte unternommen, um die Innehaltung des Londoner Friedens von der Türkei zu erzwingen. Schlußend hat es dagegen den Bulgaren in Mazedonien. Hier müssen sie so ziemlich alles an die Griechen und Serben abtreten, besonders den wichtigen Hafen Kamala, östlich von Saloniki, der den Griechen zufällt. Die Gegend um Monastir, Titib und Ahdid streichen die Serben ein, was für viele eine ganz erhebliche Gebietsvergrößerung darstellt. Rumänien hat natürlich seine gesamten Forderungen durchgebracht, die man allerdings nicht als übertrieben bezeichnen kann. Es erhält den Streifen Lurtulai—Dobric—Balci, den es von vornherein beansprucht hat. Von den bulgarischen Eroberungen ist also, abgesehen von Thrazien, nicht sonderlich viel übrig geblieben und mit dem Traum von einem „Groß-Bulgarien“ als slavische Vormacht auf dem Balkan ist es nicht geworden.

Montenegrös Gebietsforderungen.

Eine Erklärung des montenegrinischen Friedensbeauftragten General Wukotitsch, die unmittelbar nach Eröffnung der Mittwoch-Sitzung der Konferenz verlesen wurde, hat allgemeines Aufsehen erregt. Wukotitsch wies darauf hin, daß Montenegro im ersten wie im zweiten Balkankriege relativ die größten Opfer gebracht, und daß im zweiten Kriege eine kleine montenegrinische Armee erfolgreich 50 000 Bulgaren Widerstand geleistet habe. Montenegro sei nicht aus Interesse an wirtschaftlichen Eroberungen in den Krieg gezogen, sondern lediglich im Dienste des Christentums gegen den mohammedanischen Erbfeind. Die montenegrinische Regierung habe erst im Laufe des Krieges zu ihrem größten Erfolge von einem zwischen Bulgarien und Serbien geschlossenen Sondervertrage über die Aufteilung der zu erobernden Gebiete erfahren. Ein großer Teil der montenegrinischen mehrfachen Männer sei auf dem Schlachtfelde geblieben: 14 000 Montenegriner seien tot und verwundet. Somit habe Montenegro ein Unrecht, von Serbien territoriale Entschädigungen zu fordern, die für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes unbedingt erforderlich seien. Bisher haben weder die serbischen Delegierten noch die Konferenz als solche zu dieser Erklärung Stellung genommen.

Ueber die Bedeutung des Friedensschlusses

erhalten wir von militärischer Seite eine Zufuhr, die sich mit den augenblicklichen Verhältnissen auf dem Balkan, aber auch mit der Zukunft befaßt. Sie lautet:

Dieser Friede ist kein Friede. Er ist ein Abkommen zwischen kriegführenden Mächten, die sämtlich mehr oder minder erschöpft sind. Noch drei oder vier Friedensschlüsse sind nötig, um einen wirklichen Frieden herbeizuführen. Einmalen steht nur das Abkommen zwischen Bulgarien und Rumänien fest, und das war schon seit Sonntag bekannt. Das übrige sind nur vorläufige Abmachungen, in die Bulgarien „mit Vorbehalt“ willigt. Der Vorbehalt besteht zunächst in einem Appell an die Großmächte, sich im Interesse Bulgariens zu bemühen. Nachdem man so lange auf die Großmächte gewiffen hat, sollen die Großmächte Bulgarien retten, oder sie sollen wenigstens so tun, damit nicht die modernen Bulgaren ihren Monarchen für die Mißerfolge verantwortlich machen. Ferner besteht der bulgarische Vorbehalt darin, daß das

Land sich vornimmt, die jetzt im Drange der Not zugestandene Grenze möglichst bald wieder zu revidieren. Man denkt an die früheren Waffenstillstände und die militärische Unsicherheit Griechenlands.

Griechenland hat also auf seinem Schein bestanden und außer Kreta und Thessalien, Saloniki und der Chalkidike auch Mazedonien bis Kamala einschließlich beansprucht. Es ist ihm vorläufig bewilligt worden. Von der Chalkidike nordwärts an der Stadt Strumiza vorbei verläuft die serbisch-bulgarische Grenze. Strumiza bleibt bulgarisch. Wie sich nun der endgültige Zustand Serbiens gestalten wird, das hängt von den Mächten ab. Es muß nämlich der Umfang des neugekauften Albanien fest gestellt werden, auch erhebt plötzlich Montenegro Ansprüche auf Randvergrößerung, und möglicherweise anschließt sich Österreich auch noch, den Sandhaat Kowibazar zu nehmen. Jedenfalls bleibt für Bulgarien nur der Küstentrich östlich von Kamala und das Hinterland. Was im Osten wird, zum Beispiel ob die Türken Adrianopel wieder herausgeben, weiß noch kein Mensch. Es fehlt also noch: 1. ein Abkommen zwischen Bulgarien und der Türkei, 2. ein Abkommen zwischen Serbien und Montenegro, 3. ein Abkommen zwischen Serbien und dem neuen Albanien, 4. ein Abkommen zwischen Griechenland und Albanien, 5. die Zustimmung der Großmächte, besonders auch die Entscheidung Österreichs, 6. ein Abkommen zwischen Griechenland und Italien wegen der ägäischen Inseln, und schließlich noch alle endgültigen Grenzregulierungen. Bis diese erledigt sind, kann schon ein dritter Balkankrieg ausgebrochen sein.

Ziehen wir das Fazit. Griechenland hat mehr bekommen, als es sich in seinen süßlichen Träumen versprochen hatte. Die Türkei hat so ziemlich alles in Europa verloren und hätte noch mehr verlieren können, wenn nicht Konstantinopel der Blag wäre, den keiner dem andern gönnte. Serbien kann einermachen zufrieden sein, wenn es auch den erhofften Zugang zum Meere nicht bekommt. Montenegro hat sich für die andern genant, denn der Siegespreis Sutiari ist ihm entfallen worden, und viel wird es nicht hinzubekommen. Bulgarien hat in dem zweiten Balkankriege vieles wieder eingebüßt, was es zuerst erreicht hatte, aber das war seine eigene Schuld; es hatte schon während des ersten Krieges infolge seines herrischen und anpruchsvollen Auftretens sich überall verhasst gemacht, der Kaiserstaat Albanien kann einem schon jetzt leid tun; er wird zwischen Italien, Griechenland und den Serbenwölfen ein schweres Leben haben. Wenig erfolgreich ist Österreich, auch Ungarn geht leer aus, aber England hat sich in aller Stille Bopern und die Euphratmündung gesichert. Das übrige Europa ist durch den Krieg insofern in Mitleidenschaft gezogen worden, als überall Geschäftsstörungen eingetreten sind und die Großmächte zu neuen großen Rüstungen geschritten sind. Noch jahrelang werden wir an den Folgen zu leiden haben, und sind doch ganz unschuldig. Der einzige Trost, wenn das ein Trost ist, besteht darin, daß die Balkanvölker wohl noch länger zu tun haben werden, bis die Bundesheile sind.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

+ Folgende Regierungserklärung zum Krupp-Prozess veröffentlicht die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“: In den Betrachtungen der bürgerlichen Wähler zu dem kriegsgerichtlichen Urteil im Verfahren gegen Tiliat und Genossen kommt die Beugung über die öffentliche Klarstellung des Geschehenen, soweit in diesem Verfahren möglich war, zu ihrem Recht. An der wirtschaftlichen Bedeutung der menschenwürdigen Vorkommnisse ist vor Gerichte nicht abgeschwächt, nichts beschönigt worden. Gerade dadurch aber wird den Überbrüdungen der Boden entzogen, mit denen der Abg. Niebschredt die öffentliche Behandlung der Angelegenheit eingeleitet hat. Der bisherige Verlauf der amtlichen Maßregeln zur Aufklärung agitatorisch vergrößelter Mißstände ist für die Sozialdemokratie eine Enttäuschung. Ein „Panama“ der deutschen Herrschaftverwaltung gibt es nicht. Das haben, nach eingetretener Beweisaufnahme, die Vertretung der Anklage und die Prozessleitung festgestellt, und in den imoerengenenommenen Beförderungen des Urteils wird dieses Ergebnis gegenüber allen Aufbauschungsversuchen in das richtige Licht geleuchtet. In diesem Ergebnis kann auch durch das noch bevorstehende zweite Gerichtsverfahren, dessen Feststellungen im folgenden abzuwarten bleiben, nichts geändert werden.

+ Die braunschweigische Thronfrage geht nun ihrer baldigen Lösung entgegen, da sich der Bundesrat in einer seiner ersten Sitzungen nach den Ferien sofort mit der Angelegenheit befaßt wird. Wie verlautet, wird der Bundesrat von dem Prinzen Ernst August den ausdrücklichen Bericht auf die Krone des ehemaligen Königs Hannover verlangen. Der Prinz ist bereit, diesen Bericht zu unterzeichnen. Die Erledigung der Angelegenheit, der durch die erneute Ägation der Welfenpartei eine Kom-